

Tagungsbericht

# Aufstieg durch Arbeit?

Soziale Durchlässigkeit – Eigenverantwortung – Sozialstaat

Eine Tagung der Stiftung Marktwirtschaft  
am 17. Oktober 2012 in Berlin

30

JAHRE

STIFTUNG MARKTWIRTSCHAFT  
Kronberger Kreis 1982 - 2012





## Einführung

**Prof. Dr. Michael Eilfort**  
*Vorstand Stiftung Marktwirtschaft*

### Inhaltsverzeichnis

- 2 Einführung**  
 Prof. Dr. Michael Eilfort  
*Vorstand Stiftung Marktwirtschaft*
- 3 Was hält die Gesellschaft zusammen?  
 Chancengerechtigkeit als Herausforderung  
 für den modernen Sozialstaat**  
 Reinhard Kardinal Marx  
*Erzbischof von München und Freising*
- 5 Unternehmerische Verantwortung  
 auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft**  
 Dr. Dirk Ippen  
*Verleger, Münchener Zeitungsverlag GmbH & Co. KG*
- 6 Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose  
 – chancenlos auf dem Arbeitsmarkt?**  
 Prof. Dr. Dr. h.c. Joachim Möller  
*Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)*
- 7 Ist Aufstieg durch Arbeit noch möglich?  
 Diskussion mit politischen Impulsstatements**  
 Dr. Michael Fuchs MdB  
*Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion*  
 Hubertus Heil MdB  
*Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion*

### Impressum

Dr. Susanna Hübner (V.i.S.d.P.)  
 Stiftung Marktwirtschaft  
 Charlottenstraße 60  
 10117 Berlin  
 Tel.: (030) 20 60 57-0  
 www.stiftung-marktwirtschaft.de  
 Ansprechpartner: Dr. Guido Raddatz  
 raddatz@stiftung-marktwirtschaft.de  
 Fotos: Kay Herschelmann

In seiner Begrüßung betonte Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, die Bedeutung der sozialen Durchlässigkeit als ein Kernversprechen und Legitimationsgrundlage der Sozialen Marktwirtschaft. „Jeder muss die Möglichkeit haben, durch Leistung ökonomisch aufsteigen zu können“, so Eilfort. Dies gelte es zu berücksichtigen, wenn heute in Deutschland über Gerechtigkeit diskutiert werde. Er kritisierte, dass allzu häufig eine Verengung auf Verteilungsgerechtigkeit stattfinde, wenn immer wieder neue Gerechtigkeitslücken öffentlichkeitswirksam identifiziert würden.

Dabei funktioniere die Umverteilung in Deutschland im Grundsatz zufriedenstellend – etwa über die Progression bei der Einkommensteuer, einkommensabhängige Sozialversicherungsbeiträge oder einkommensabhängig ausgestaltete Gebühren für Kindertagesstätten. Der Bund gebe annähernd 50 Prozent seines Haushalts für Sozialausgaben aus, so viel wie fast nie zuvor. Trotz eines immer umfassender ausgebauten Sozialstaates sei in der Gesellschaft aber eine zunehmende Unzufriedenheit festzustellen. „Wir können uns Wohlbefinden und Zufriedenheit in der Sozialen Marktwirtschaft nicht durch staatliche Transfers erkaufen“, schlussfolgerte der Stiftungsvorstand. Wichtiger seien vielmehr Faktoren wie Selbstbestimmung, Teilhabe und Anerkennung – das zeigten auch die Ergebnisse der Glücksforschung.

Anstatt über immer neue monetäre Sozialleistungen, jüngst beispielsweise einkommensabhängige Strompreise, zu diskutieren, müsse man die Voraussetzungen für sozialen Aufstieg in den Blick nehmen. Die eigentliche Gerechtigkeitslücke sah Eilfort in den ungleichen Bildungschancen von Kindern aus unterschiedlichen sozialen Schichten. „Wie können wir in einer saturierten und alternden Gesellschaft sowohl das Bildungsangebot als auch die Bildungsnachfrage verbessern?“, formulierte Eilfort als zentrale Herausforderungen für mehr Chancengerechtigkeit, aber auch mit Blick auf den nicht immer ausreichend vorhandenen Willen zum Aufstieg.



## Was hält die Gesellschaft zusammen? Chancengerechtigkeit als Herausforderung für den modernen Sozialstaat

**Reinhard Kardinal Marx**

*Erzbischof von München und Freising,  
Vorsitzender der Kommission  
für gesellschaftliche und soziale Fragen  
der Deutschen Bischofskonferenz*



Seine Ausführungen eröffnete Reinhard Kardinal Marx mit der Feststellung, dass die Soziale Marktwirtschaft nicht nur eine ökonomische Idee sei, sondern angesichts ihrer großen kulturellen und geistigen Voraussetzungen, auf denen sie beruhe, auch für einen Theologen ein wichtiges Thema darstelle. „Soziale Marktwirtschaft ist ein positiv besetzter Kohäsionsbegriff, der unsere Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten in gewisser Weise zusammengeführt hat.“ Niemand wolle auf ihn verzichten. Gerade deshalb müsse man sich aber immer wieder inhaltlich mit dem Begriff der Sozialen Marktwirtschaft befassen und – innerhalb der beträchtlichen Bandbreite an möglichen Umsetzungsvarianten – über die konkrete Ausrichtung diskutieren. Die Frage, was die Gesellschaft zusammenhält, und welche Rolle die Chancengerechtigkeit dabei spielt, sei ein wichtiges sozialethisches Thema. Nicht zuletzt deshalb habe er die Einladung der Stiftung Marktwirtschaft gerne angenommen.

Unter Bezugnahme auf den Entwurf des vierten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung konstatierte Marx zwar einerseits beträchtliche Erfolge auf dem Arbeitsmarkt. Andererseits dürfe man nicht die Augen davor verschließen, dass es auch problematische Entwicklungen gebe. Beispielsweise seien die privaten Vermögen in Deutschland sehr ungleich verteilt.

Bedenklicher noch sei aber die bei vielen Menschen zunehmende Skepsis im Hinblick auf die soziale Durchlässigkeit der Gesellschaft. Bildungskarrieren, Arbeitsmarktchancen oder gesellschaftlicher Status hingen häufig von der sozialen Herkunft ab, so dass ein Gefühl gesellschaftlicher Erstarrung um sich greife und viele Menschen kaum noch Aufstiegschancen für sich und ihre Kinder erkennen könnten. Stattdessen machten sich vor allem in der Mittelschicht Ängste vor einem

möglichen sozialen Abstieg breit. Nicht zuletzt der in der Wirtschafts- und Finanzkrise entstandene Eindruck, dass Gewinne privatisiert, Verluste aber bei der Allgemeinheit sozialisiert würden, habe in Deutschland und anderswo das Gefühl einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft befördert. „In weiten Teilen der Bevölkerung wird soziale Ungleichheit als soziale Ungerechtigkeit wahrgenommen“, so Kardinal Marx. Viele Menschen resignierten angesichts dieser Entwicklungen, fühlten sich nicht mehr gebraucht und richteten sich am Rande der Gesellschaft ein.

Dieser besorgniserregenden Entwicklung stellte Kardinal Marx als normativen Gegenpol den von Papst Benedikt XVI. geprägten Grundsatz „Jeder wird gebraucht, keiner ist überflüssig“ entgegen. Dieser Gesellschaftsanspruch sei nicht nur Ausdruck der christlichen Botschaft, sondern korrespondiere auch mit einem freiheitlich-individualistischen Gesellschaftsbild. „Ein Gemeinwesen, dessen Ausgangspunkt die zur Freiheit berufene Person und dessen Ziel die Entfaltung der Freiheit ist, ist notwendig der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet“, hob Marx hervor. Ein solches Gemeinwesen müsse daran gemessen werden, ob es ihm gelinge, gesellschaftliche Strukturen zu entwickeln, dass alle Mitglieder die Chance zur Entfaltung ihrer individuellen Freiheit und Fähigkeiten erhielten. Aus dieser Perspektive dürfe soziales Handeln nicht auf einen „Betreuungsmodus“ verkürzt werden. „Der betreute Mensch ist nicht das Ziel“, stellte Marx heraus, „sondern der Mensch, der sein Leben – in Verantwortung mit anderen – selbst gestaltet“. Die Menschen müssten immer wieder ermutigt werden, bestehende Chancen zu ergreifen und selbst aktiv zu werden. Gleichzeitig fordere ein dynamisches Verständnis von Chancengerechtigkeit, dass dem Einzelnen immer wieder aufs Neue Wege

4

in die Gesellschaft eröffnet und Möglichkeiten zu einem Neubeginn gegeben werden, so der Kardinal. Dies sei auch deshalb wichtig, weil infolge des gesellschaftlichen Wandels Lebensläufe zunehmend weniger geradlinig verliefen und Freiheit immer auch die Möglichkeit des Scheiterns beinhalte. Daher könne man eine freiheitliche Gesellschaft nicht von einer solidarischen Gesellschaft trennen, die Absicherung gegen existenzielle Lebensrisiken biete.

Unter Bezugnahme auf den Impulstext „Chancengerechte Gesellschaft“ der *Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz* skizzierte Kardinal Marx einige politische Implikationen des Konzeptes der dynamischen Chancengerechtigkeit in den drei Bereichen Bildung, Arbeit und Generationengerechtigkeit.

„Bildung befähigt zur Freiheit und ist die Voraussetzung für eine chancengerechte Gesellschaft“, betonte Marx und verwies auf die Bedeutung eines stabilen Fundaments an kognitiven und emotionalen Fähigkeiten, Werten und Sinnbezügen für freie, mündige und verantwortliche Entscheidungen. Der wichtigste Ausgangspunkt für Bildung in einem umfassenden Sinn sei daher die Familie, die eine besondere gesellschaftliche Wertschätzung verdiene.

Gleichzeitig warnte er aber, die Augen vor der Realität in manchen Familien zu verschließen, und verwies darauf, dass die Institution Familie kein Garant für eine ungestörte Kindesentwicklung und einen erfolgreichen Bildungsprozess sei. Um benachteiligte Kinder von klein an angemessen zu fördern, sprach sich der Kardinal daher für ein deutlich erweitertes Kinderbetreuungsangebot durch die Kommunen aus und forderte eine Umstellung bei der frühkindlichen Bildung von einer Hol- auf eine Bringschuld: An die Stelle des rechtlichen Anspruchs der Eltern auf einen Kinderbetreuungsplatz sollte die Verpflichtung der Kommunen treten, für jedes Kind einen konkreten Betreuungsplatz anbieten und benennen zu müssen. Darüber hinaus forderte er einen gerechteren Zugang zu schulischen Bildungsangeboten und plädierte für mehr Durchlässigkeit im gesamten Bildungssystem.

Mit Blick auf das Berufsleben konstatierte Marx, dass „Erwerbsarbeit für die meisten Menschen nach wie vor eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und die wirtschaftliche Grundlage für eine eigenverantwortliche und freie Lebensführung sei. Trotz der guten Arbeitsmarktlage dürfe man nicht den Blick vor problematischen Entwicklungen, etwa bei Geringqualifizierten oder im Niedriglohnbereich, verschließen. Ziel müsse weiterhin das sozialversicherungspflichtige Normalarbeitsverhältnis und eine ausreichend hohe, den Qualifikationen angemessene Entlohnung sein, die eine aktive Teilhabe am Leben ermögliche. Ein gesetzlicher Mindestlohn reiche dafür nicht aus. Kritisch äußerte sich der Theologe in Bezug auf die weit verbreiteten Minijobs, die aufgrund der Kombination aus niedrigen Löhnen und staatlicher Subventionierung in vielen Fällen wie eine Falle für die Betroffenen wirkten.

Schließlich, so Marx, müsse das Leitbild der Chancengerechtigkeit nicht nur in der Gegenwart gestärkt werden, sondern es habe auch eine starke intergenerative Komponente. Jede Generation müsse darauf achten, die Handlungsmöglichkeiten nachfolgender Generationen nicht über Gebühr einzuschränken. Dies betreffe neben der Verantwortung für die

Schöpfung auch die Belastungen künftiger Generationen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Vor diesem Hintergrund sei die Anhebung des Renteneintrittsalters ausdrücklich zu begrüßen, wenn auch noch nicht ausreichend, um nachfolgende Generationen wirksam vor finanzieller Überforderung zu schützen, argumentierte Marx.

Dass die Gestaltung einer generationengerechten Gesellschaft nicht immer einfach sei, zeige sich auch bei der Vermögensvererbung. Diese läge im Schnittpunkt von individueller Freiheit und gesellschaftlicher Verpflichtung. Kardinal Marx sprach sich dafür aus, vor allem bei sehr großen Vermögen über eine Ausweitung der Besteuerung nachzudenken, und warnte vor einer Abschaffung der Erbschaftsteuer.

Er schloss mit dem Hinweis, dass zu einer freien Gesellschaft immer auch ein gewisses Maß an Ungleichheit gehöre, da darin auch die Individualität des Menschen und der unterschiedliche Gebrauch von Freiheit zum Ausdruck kämen. Ungleichheit sei daher nicht automatisch ungerecht und auch Chancengerechtigkeit würde Ungleichheit nicht einebnen. Allerdings müsse eine Gemeinschaft, die an den Einzelnen den hohen Anspruch stellt, seine Freiheitsspielräume wahrzunehmen, im Gegenzug glaubhaft vermitteln, dass jeder tatsächlich gebraucht werde und einen Platz in der Gesellschaft habe.





## Unternehmerische Verantwortung auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft

**Dr. Dirk Ippen**  
Verleger,  
Münchener  
Zeitungsverlag  
GmbH & Co. KG



Verleger Dr. Dirk Ippen hob zu Beginn seines Vortrags die wichtige Rolle mittelständischer Unternehmen im deutschen Wirtschaftssystem hervor. Sie hätten einen entscheidenden Anteil an der derzeit guten ökonomischen Entwicklung und dem hohen Beschäftigungsniveau. Der Erfolg und die Leistungsfähigkeit des deutschen Mittelstands zeigten sich beispielsweise in einem überdurchschnittlich hohen Anteil versteckter Weltmarktführer – sogenannter Hidden Champions – oder auch in überdurchschnittlich vielen Patenten. Eine wesentliche Ursache für diese positive Entwicklung sah Ippen in einer ökonomisch richtigen Grundsatzentscheidung: 1948 habe sich Deutschland mit der Sozialen Marktwirtschaft für eine soziale Wettbewerbsordnung entschieden, während beispielsweise Nachbarländer wie England oder Frankreich stärker auf die Verstaatlichung der Wirtschaft und staatliche Planung gesetzt hätten.

Charakteristische Voraussetzung für das deutsche Wirtschaftsmodell sei die Gestaltungsfreiheit der Unternehmerinnen und Unternehmer, die zu wirtschaftlichem Erfolg oder aber Misserfolg führe. Der Staat sollte in diesen Wettbewerbsprozess und das resultierende Auf und Ab der Unternehmen möglichst wenig durch Subventionen oder andere staatliche Interventionen eingreifen und sich vielmehr auf das Setzen von Rahmenbedingungen beschränken – andernfalls laufe er Gefahr, mit eigentlich gut gemeinten, vom Sozialstaatsgedanken getragenen Interventionen und Regulierungen unerwünschte Nebenwirkungen und unsoziale Folgen hervorzurufen. Zugleich erkannte Ippen durchaus eine besondere soziale Verpflichtung von Unternehmen an und zeigte Verständnis für die Überlegung von Kardinal Marx, mit Blick auf die Chancengerechtigkeit die Erbschaftsteuer zu erhöhen.

Vor allem im Hinblick auf die moderne Arbeitswelt unterschätze die Politik die modernen Wirtschaftsprozessen immanente Dynamik. „Der Staat stellt sich die Wirtschaft zu

statisch vor“, befürchtete Ippen. Dabei sei Wirtschaft ein sich ständig wandelndes, von den Marktkräften getriebenes Entdeckungsverfahren. Beispielsweise habe sich das Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den letzten Jahrzehnten erheblich verändert und man dürfe nicht mehr in Herrschaftsstrukturen von gestern denken. Das Bild eines von Ausbeutung durch den Arbeitgeber bedrohten, schutzbedürftigen Arbeitnehmers sei eine vollkommen unzutreffende Beschreibung der heutigen Situation in vielen mittelständischen Unternehmen. Im Gegenteil: Unternehmen seien mehr denn je auf qualifizierte, motivierte und unternehmerisch denkende Mitarbeiter angewiesen und müssten um diese werben und ihnen Entwicklungsmöglichkeiten bieten.

Als ein Paradebeispiel für sozialstaatliche Regelungen mit unsozialen Nebenwirkungen nannte Ippen den rigiden Kündigungsschutz. Dieser verhindere vor allem in Großunternehmen die notwendigen schrittweisen Anpassungen an ein sich veränderndes Umfeld. Stattdessen erfolgten Veränderungen in größeren Zeitabständen mit Hilfe von Umstrukturierungen und Massenentlassungen. Auch die häufig kritisierte zunehmende Verbreitung von befristeten Arbeitsverträgen sei letzten Endes ein Ergebnis des starken Kündigungsschutzes, betonte Ippen. Gerade Mittelständler könnten sich nur so ein Mindestmaß an Flexibilität sichern. Als ein weiteres Beispiel für kontraproduktive Staatseingriffe führte Ippen die zunehmende Regulierung der betrieblichen Altersversorgung an. Hier habe die Politik die Flexibilität der Unternehmen sukzessive eingeschränkt und ihnen immer höhere Risiken aufgebürdet. Als Folge seien viele Versorgungswerke in mittelständischen Unternehmen mittlerweile geschlossen worden, um sich vor unkontrollierbaren Risiken zu schützen.

Ippen schloss mit dem Hinweis, dass zu viel Regulierung die Chancengerechtigkeit beeinträchtigen könne, da Leistungschancen versperrt und Wandel blockiert würden.

## Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose – chancenlos auf dem Arbeitsmarkt?

**Prof. Dr. Dr. h.c. Joachim Möller**  
*Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)*



Prof. Dr. Dr. h.c. Joachim Möller, Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB), wandte sich in seinem Vortrag zwei Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt zu, den Geringqualifizierten und den Langzeitarbeitslosen. Er bestätigte zunächst, dass die allgemeine Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland positiv verlaufe. Vor allem der Trend zum permanenten Anstieg der Sockelarbeitslosigkeit habe durch Arbeitsmarktreformen und eine Rückgewinnung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durchbrochen werden können. Inzwischen machten sich in Teilbereichen des Arbeitsmarktes trotz einer Rekordzahl von Erwerbstätigen erste Engpässe bei dem Angebot an Fachkräften bemerkbar. Diese Problematik werde in den kommenden Jahrzehnten demographiegetrieben weiter zunehmen, erläuterte der Arbeitsmarktforscher.

Auch bei den Langzeitarbeitslosen sei in den vergangenen Jahren ein deutlicher Rückgang von 1,7 Millionen auf aktuell gut 1 Million zu verzeichnen. Zuletzt habe sich dieser allerdings abgeschwächt. Dennoch sei der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Erwerbslosen insgesamt in Deutschland noch immer überdurchschnittlich hoch. Angesichts der mit Langzeitarbeitslosigkeit verbundenen negativen Folgen – Dequalifikation, Demotivation und Desintegration – müsse man sie nach wie vor in den wirtschaftspolitischen Fokus nehmen, betonte Möller. Ermutigend sei allerdings, dass in Regionen mit einem florierenden Arbeitsmarkt auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen stark rückgängig sei. Es bestehe daher kein Anlass, zu resignieren oder Langzeitarbeitslose als chancenlos auf dem Arbeitsmarkt abzuschreiben.

Der Forscher skizzierte, dass es einen harten Kern von etwa 2,2 Millionen Grundsicherungsbeziehern gebe, die fünf Jahre ohne Unterbrechung Leistungen des Sozialgesetzbuchs II bezogen hätten. Auch wenn nicht alle von ihnen durchgehend arbeitslos gewesen seien, hätten sie zu keinem Zeitpunkt aus

eigener Kraft für ihren Lebensunterhalt sorgen können. Empirische Untersuchungen zeigten, dass vor allem fehlende Bildung ein Risikofaktor für Grundsicherungsbezug sei, des Weiteren auch ein langer vorangehender Leistungsbezug, höheres Alter oder gesundheitliche Einschränkungen. Personen mit langem Grundsicherungsbezug wiesen häufig zwei oder mehr Risikomerkmale auf.

Möller unterstrich die herausragende Bedeutung von Qualifikationen – sowohl was das Risiko Arbeitslosigkeit betreffe als auch im Hinblick auf die Entlohnung. Vor allem seit Mitte der 1990er Jahre sei eine erhebliche Divergenz bei der Reallohnentwicklung von Hoch- und Geringqualifizierten zu beobachten, wobei Letztere sogar Reallohnverluste hätten hinnehmen müssen. Auch andere Indikatoren zeigten, dass es in den vergangenen beiden Dekaden zu einem Anstieg der Ungleichheit gekommen sei. Diese Entwicklung habe lange vor den Hartz-Reformen begonnen und sei u.a. auf technologische und organisatorische Entwicklungen sowie Veränderungen bei der internationalen Arbeitsteilung zurückzuführen. Von diesem weltweiten Strukturwandel hätten vor allem Hochqualifizierte profitiert, während sich bei den Geringqualifizierten die Arbeitsmarktrisiken konzentrierten.

Einen wichtigen Ansatz, den skizzierten Problemen von Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen entgegenzuwirken, sah Möller in der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Zahlreiche Evaluationen hätten gezeigt, dass ihre Instrumente ganz überwiegend wirksam seien. Entscheidende Erfolgsfaktoren seien eine intensive Betreuung, ausreichende Fördermöglichkeiten sowie die Berücksichtigung der individuellen Problemlagen der Betroffenen. Daher plädierte Möller dafür, die gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu nutzen, um den verfestigten Kern der Arbeitslosigkeit durch eine intensiviertere aktive Arbeitsmarktpolitik nach dem Prinzip des Fordern und Förderns weiter aufzuweichen.

## Ist Aufstieg durch Arbeit noch möglich? Diskussion mit politischen Impulsstatements

7



### **Dr. Michael Fuchs MdB** *Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion*

Dr. Michael Fuchs MdB wies eingangs seines Impulsstatements darauf hin, dass es Deutschland derzeit ökonomisch ausgesprochen gut gehe. Viele Länder in Europa beneideten die Deutschen um ihre Probleme. Der CDU-Politiker betonte, dass dies auch an den wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen der letzten zehn Jahre liege. Andere Länder hätten vergleichbare Reformen noch vor sich. Nicht zuletzt die unter Gerhard Schröder entwickelte Agenda 2010, aber auch die Maßnahmen der Großen Koalition und jüngst der christlich-liberalen Koalition hätten dazu beigetragen, dass Deutschland vergleichsweise unbeschadet durch die weltwirtschaftlichen und europäischen Turbulenzen steuere. Vor allem die Situation auf dem Arbeitsmarkt und hier insbesondere die niedrige Jugendarbeitslosigkeit seien ein riesiger Erfolg.

Gleichwohl verwies der Unionspolitiker auf erhebliche Probleme und enormen gesellschaftlichen Veränderungsbedarf. Dies liege nicht zuletzt am Wandel der gesellschaftlichen und sozialen Strukturen in den letzten vier bis fünf Jahrzehnten. Beispielsweise stelle die beträchtliche Zahl von alleinerziehenden Elternteilen Staat und Gesellschaft vor neue Aufgaben.

Fuchs stimmte Kardinal Marx zu, dass die Verwirklichung von Chancengerechtigkeit ein zentrales Ziel staatlicher Politik sein müsse. Allerdings sei es in manchen Fällen nicht ausreichend, seitens des Staates ein entsprechendes Angebot zu machen. Wenn Jugendliche aus Familien mit langjährigem „So-

zialhilfebezug“ als Berufswunsch „Hartz IV“ angeben würden, müsse man zunächst darauf hinwirken, dass die von Staat und Gesellschaft angebotenen Chancen auch angenommen würden. Daher habe der Grundsatz „Fördern und Fordern“ nach wie vor seine Berechtigung und man müsse über geeignete Instrumente nachdenken, um vor allem Jugendliche aus problembehafteten Milieus aus einem Teufelskreis von staatlichen Transfers und fehlenden oder verpassten Chancen herauszuholen.

Abschließend wies Fuchs zum einen darauf hin, dass derzeit alle staatlichen Ebenen über Steuereinnahmen in Rekordhöhe verfügten, gleichwohl aber kein ausgeglichener Staatshaushalt zustande komme, von einem Schuldenabbau ganz zu schweigen. Gerade mit Blick auf zukünftige Generationen und die auch von Kardinal Marx angemahnte Generationengerechtigkeit sei dies äußerst bedenklich. Zum anderen belege der seit 1980 um fast 20 Prozentpunkte gestiegene Anteil von Sozialausgaben am Bundeshaushalt die Bedeutung sozialstaatlicher Politik in Deutschland.

### **Hubertus Heil MdB** *Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion*

Hubertus Heil MdB hob zunächst hervor, dass sich für Sozialdemokraten die Qualität eines Sozialstaates nicht in erster Linie an der Höhe der Transfers bemesse, sondern ob die Menschen zu einem selbstbestimmten Leben befähigt seien. Dementsprechend dürfe man den Freiheitsbegriff nicht nur als Frei-



8

heit vor dem Staat im Sinne von bürgerlichen Abwehrrechten interpretieren. Vielmehr müsse man auch die Freiheit durch den Staat anerkennen, wenn dieser die sozialen Voraussetzungen für ein freies Leben schaffe. In Übereinstimmung mit Kardinal Marx sah Heil daher eine enge Beziehung zwischen Freiheit und Gerechtigkeit. „Gerechtigkeit ist die Idee von gleichen Freiheiten“ formulierte der SPD-Politiker und hob die Bedeutung eines selbstbestimmten, von der sozialen Herkunft unbeeinflussten und durch gleich verteilte Chancen geprägten Lebens für alle Menschen hervor.

Es reiche nicht aus, den Sozialstaat nur am Ziel der Vermeidung elementarer materieller Armut zu messen. Diesbezüglich stehe Deutschland zwar in der Tat gut da, betonte Heil mit Blick auf die nach wie vor sehr gut funktionierende Absicherung der sozialen Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit. Weniger gut sei der deutsche Sozialstaat hingegen im Absichern von gleichen Lebenschancen. Heil hielt fest: „Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, ist der deutsche Sozialstaat mit sehr viel Geld dabei, aber wenn es darum geht, präventiv und vorbeugend tätig zu werden, haben wir Riesendefizite.“

Er konkretisierte diese Feststellung zum einen anhand der ungleichen Bildungschancen in Deutschland. Diesbezüglich sah er kein Erkenntnisdefizit mehr und auch keine ideologischen Grabenkämpfe wie in früheren Jahrzehnten, sondern ein Durchsetzungsproblem aufgrund der föderalen Strukturen. Die PISA-Ergebnisse hätten klar gezeigt, dass frühkindliche Bildung und längeres gemeinsames Lernen bessere Bildungsergebnisse hervorbringen. Deutschland hingegen leiste sich jedes Jahr 65.000 junge Menschen, die ohne einen Abschluss die Schule verlassen, und 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 30 Jahren ohne eine berufliche Erstausbildung. „Das ist ein Wahnsinn, was wir da organisieren, nämlich den Nachwuchs zu Hartz IV in diesem Land“, so Heil.

Zum anderen kritisierte der SPD-Politiker die zunehmende Ausweitung des Niedriglohnsektors und von sogenannten atypischen Arbeitsverhältnissen wie der Zeitarbeit. Viele Men-

schen müssten erleben, dass sich ihre Leistung angesichts von niedrigen Löhnen nicht mehr auszahle, obwohl sie sich „abrackerten“. Da die tariflichen Lohnfindungsmechanismen zunehmend löchrig geworden seien und nicht mehr in allen Bereichen faire Löhne sicherstellen könnten, sei eine gesetzliche Lohnuntergrenze heute unverzichtbar. Als ein konkretes Beispiel für präventive Sozialpolitik verwies Heil auf seinen Vorschlag, die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeits- oder Beschäftigungsversicherung umzugestalten. Ziel müsse sein, Arbeitslosigkeit gar nicht erst entstehen zu lassen, beispielsweise indem man Menschen besser qualifiziere. Gerade beim Thema lebenslanges Lernen müssten den vielen Worten endlich auch einmal Taten folgen. Dies sei nicht zuletzt angesichts des demographischen Wandels unerlässlich.

Im Verlauf der weiteren Diskussion, die Kristin Breuer, Ressortleiterin Wirtschaft der BILD-Zeitung, moderierte, wurde seitens der Teilnehmer u.a. davor gewarnt, das Thema auf ökonomisch-materielle Faktoren zu begrenzen. Fehlende Aufstiegsmöglichkeiten und mangelnder beruflicher Erfolg trotz eigener Leistungsbereitschaft und persönlichem Engagement wirkten auch jenseits von ökonomischen Faktoren demotivierend und stellten erhebliche emotionale Stressfaktoren für die Betroffenen dar.

Zum anderen wurde für eine differenziertere Sicht der Unternehmenslandschaft geworben. Gerade viele Mittelständler zeichneten sich durch beträchtliches soziales Engagement aus, etwa durch betrieblich organisierte Kinderbetreuung oder bei der Ausbildung von Jugendlichen mit fehlenden oder schwachen Schulleistungen. Pauschale Kritik sei daher nicht angebracht. Kardinal Marx bestätigte, dass es teilweise erhebliche Unterschiede zwischen Mittelständlern und Großunternehmen gebe. Zugleich diagnostizierte er eine problematische Trennung von Realwirtschaft und Kapitalmärkten seit den 1990er Jahren sowie Bestrebungen in dieser Zeit, einen entfesselten Kapitalismus zu realisieren. Solchen ökonomischen Übertreibungen müsse die Gesellschaft entgegensteuern.



Das Podium: Hubertus Heil MdB, Dr. Michael Fuchs MdB, Kristin Breuer, Reinhard Kardinal Marx, Dr. Dirk Ippen, Prof. Dr. Michael Eilfort, Prof. Dr. Dr. h.c. Joachim Möller (von links).